

Wer AfD wählt, ist selbst schuld

Analyse der AfD-Programmatik

Das Wahlprogramm 2021, das Europawahlprogramm 2024 und Verlautbarungen prominenter AfD-Politiker lassen erkennen, welche Prioritäten eine AfD-geführte Regierung für Wirtschaft und Politik in Deutschland hätte. Ihre unheilvollen Vorhaben sind keineswegs verborgen, sondern werden seit Jahren in den Wahlprogrammen angekündigt. Auch in den Anträgen der AfD-Fraktion im Bundestag finden sich viele Hinweise auf ihre Regierungsziele. Die verheerenden Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft müssen ernst genommen werden, auch wenn die Ideen krude und grotesk sind. Diese Auflistung stellt einige dieser gefährlichen Bestrebungen dar.

- Die AfD hält die Europäische Union für überflüssig und will an ihre Stelle eine Organisation setzen, die sich an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) orientiert. Die 1957 von sechs Staaten gegründete EWG ist eine der Vorläuferinnen der EU und hatte vor allem handelspolitische Aufgaben. Schon 1967 wurden Kooperation und Integration unter den Mitgliedsländern im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft (EG) ausgeweitet. Die EG ging 2009 in der Europäischen Union auf, die Zuständigkeiten u.a. für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik besitzt. Der ständige Anstieg der Mitgliederzahl und das Beitrittsinteresse vieler Länder stehen für ihre Attraktivität. Trotz des holperigen Verlaufs ist dieser Integrationsprozess einzigartig in der Welt. Versuche auf allen anderen Kontinenten, ihn nachzuahmen, waren nicht annähernd so erfolgreich wie die EU mit inzwischen 27 Mitgliedsländern und 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Wer in Zeiten wachsender geopolitischer und geoökonomischer Risiken diesen Prozess auf die EWG der beschaulichen 60-er und 70-er Jahre zurückschrauben möchte, gefährdet unseren Wohlstand und unsere Sicherheit.
- Genau dies schwebt der AfD vor. Wenn die rückwärtsgewandte „EU-Reform“ a lá AfD nicht durchgesetzt werden kann, wovon mit Sicherheit auszugehen ist, will sie die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU beenden. Die äußerst negativen Erfahrungen mit dem britischen BREXIT hindert die AfD nicht daran, ein DEXIT in Angriff zu nehmen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen würden gewaltig sein. In den ersten Jahren nach dem DEXIT wird die Wirtschaft um 6 % weniger wachsen als beim Verbleib in der EU, nach einigen Jahren wird sich der Schaden auf 10 % ausweiten. Es wird mit einem Verlust des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von € 400 bis 500 Milliarden in den kommenden zehn Jahren gerechnet (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung). Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) weist darauf hin, dass schon ein 5 %-iger Einbruch des Wirtschaftswachstums einen Verlust von 2,2 Millionen Arbeitsplätzen in Deutschland verursacht. Unsere Wirtschaft ist in besonders hohem Maß vom Export abhängig ist und der europäische Binnenmarkt ist das wichtigste Absatzgebiet. Der Glaube, man könne die Integration zurückschrauben, ohne die vielfältigen Marktverflechtungen in der EU zu beeinträchtigen, ist von gefährlicher Naivität.
- Der EURO wird als gescheitert betrachtet, woraus die Notwendigkeit, zu nationalen Währungen zurückzukehren, abgeleitet wird. Das daraus entstehende Chaos ist kaum vorstellbar, es dürfte den Wohlstand in Europa um etliche Jahrzehnte zurückwerfen. Auch die globalen Auswirkungen, wenn eine für den Zahlungsverkehr und die Reservehaltung wichtige Währung eliminiert wird, sind kaum zu ermessen. Die Wiedereinführung der DM würde deren Kurs in die Höhe schnellen lassen und den Exportsektor in die Knie zwingen. Die handels- und währungspolitischen Großmachtfantasien der AfD stellen eine Gefahr für den Wohlstand in Europa dar.

- Die noch immer ausstehende Gründung der Kapitalmarkt- und Bankenunion ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil gegenüber den großen Wirtschaftsmächten USA und China. Technologische Innovationen finden dort schneller und unkomplizierter die erforderliche Finanzierung und tragen daher effektiver zu Wachstum und Modernisierung der Wirtschaft bei. Selbst in Deutschland bzw. Europa entwickelte Start-Ups wandern in die USA ab, obwohl sie mit öffentlicher Förderung entstanden sind. Die von der AfD beabsichtigte Blockierung des Ausbaus der EU durch die Kapitalmarktunion wird diesen Wettbewerbsnachteil verfestigen.
- Hinter der Ablehnung der europäischen Integration steht ein altertümlich anmutender Isolationismus, der sich von der Überzeugung leiten lässt, Deutschland sei besser gestellt, wenn es sich soweit möglich von der Welt abkapselt. AfD-Ideologen schwadronieren von Autarkie in der Ernährung und sehen bereits die Bevölkerung in eifriger Gartenarbeit tätig werden zwecks Anbau von Obst und Gemüse. Die darin zum Ausdruck kommende nationalistisch-romantische Vorstellung ist Ausdruck einer gezielten Abkehr vom Fortschrittsgedanken und bedient sich deutschtümeler Ideen, die auf das vorindustrielle Zeitalter zurückgehen. Sie machten schon immer den Kern der rechtsextremen Ideologie aus und inspirierten nicht zuletzt auch den Nationalsozialismus („Blut und Boden“).
- In diesem Sinn ist der geforderte Austritt aus dem westlichen Verteidigungsbündnis, der NATO, nur konsequent. Der AfD erkennt die Bedeutung der NATO für den Schutz ihrer Mitgliedsländer einschließlich Deutschland nicht an, schon deswegen nicht, weil sie das expansionistische Gebaren Russlands ignoriert. Im Gegenteil, sie beabsichtigt eine engere Bindung an Russland und die Aufhebung aller Sanktionen, die nach dem Überfall auf die Ukraine verhängt wurden. Sie fordert die Öffnung der Gaspipelines und scheint vergessen zu haben, dass es Putin war, der die Gaslieferung gestoppt hat. Der Import von russischem Erdgas wurde angeblich mutwillig von der Bundesregierung unterbrochen, wodurch vermeidbarer Schaden für Wirtschaft und Haushalte entstanden sei. Für die (durchaus erfolgreichen) Anstrengungen der Bundesregierung, die energiepolitische Souveränität wiederzugewinnen, hat die AfD nur Hohn und Spott übrig.
- In der Welt der AfD können Bezug und Verbrauch fossiler Brennstoffe unbegrenzt weiterlaufen, da es keine menschengemachte Klimakrise gibt (Originalton B. Höcke). Das „Klima-Gedöns“ habe hohe, aber unnötige Ausgaben entstehen lassen, die gestoppt werden sollen: der Netzausbau für die dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energie, die geförderte Verbreitung von Ladesäulen, der Umbau von Plattenbauten zu Niedrigenergiehäusern, die Förderung von Solaranlagen u.v.m. werden von einer AfD-geführten Regierung eingestellt. Die CO₂-Grenzwerte der EU werden ebenso abgelehnt wie das Verbot von Verbrennungsmotoren bis zum Jahr 2035.
- Im Mediensektor ist vorgesehen, die Staatsverträge für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu kündigen. Dazu ist ein AfD-Ministerpräsident ohne Mitwirkung des Landtags befugt. Es würde das Ende des RBB und MDR bedeuten sowie eine Schwächung von ARD und ZDF, die ihre Büros in den betroffenen Bundesländern aufgeben müssten. An die Stelle der öffentlich-rechtlichen sollen private Sender treten, die von der Regierung eher beeinflusst werden können. AfD-nahe Unternehmer sind bereits aktiv, rechtsextreme Medienplattformen zu schaffen. Offenbar ist Orbans Vorgehen in Ungarn das medienpolitische Vorbild der AfD.
- Von Orban wird auch die Strategie übernommen, bei Machtübernahme rasch wichtige Ämter in Verwaltung und Justiz zu übernehmen. Vor allem der Zugriff auf die Rechtsprechung, wie z.B. die Landesverfassungsgerichte, ist wichtig, um die Gewaltenteilung aufzuweichen. Mit einer starken Position in der Rechtsprechung als dritter und in den Medien als vierter Gewalt würde die AfD den

Generalangriff auf das politische System einleiten. In extremistischen Kreisen zirkuliert die Vorstellung, alle Politiker, die zuvor Amtsinhaber waren, juristisch zu belangen, die politischen Parteien zu verbieten und sämtliche öffentlich-rechtlichen Sender abzuschaffen. Die Bundesrepublik wäre politisch nicht wiederzuerkennen.

- Die AfD plädiert für eine allgemeine Senkung der Steuern und Sozialabgaben. Eine Reihe von Steuern sei komplett abzuschaffen, so z. B. die Erbschaftssteuer, die „unfair“ sei, ebenso die Grundsteuer, die nichts anderes als eine Vermögenssteuer sei. Auch der Solidaritätszuschlag, der noch für Besserverdienend erhoben wird, sei zu streichen. Das linear-progressive System der Einkommensteuer sei durch ein Vierstufen-Modell mit einem stark reduzierten Spitzensteuersatz zu ersetzen, wie es schon vor Jahren in Kreisen der CDU diskutiert wurde (Kirchhof-Modell). Die „Umverteilung von unten nach oben“ (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) wird ebenso wie der unweigerlich auftretende Verlust staatlicher Einnahmen ignoriert. Die Abschaffung der Grundsteuer würde insbesondere die Kommunen in ländlichen Gebieten treffen und deren Fähigkeit, Daseinsvorsorge zu leisten und in die Zukunft zu investieren, erheblich reduzieren.
- Die sozialpolitischen Ideen der AfD sind vom selben radikal-neoliberalen Geist beseelt. Sie lehnt Mindestlöhne ab, zwingt damit auf Dauer mehr Menschen in die Abhängigkeit von sozialer Unterstützung, die sie aber beschneiden will. Mit der vorgesehenen Aufweichung des Mieterschutzes (Abschaffung der Mietpreislöscher) würde sie dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zufolge eine Erhöhung des Mietpreisniveaus bewirken. Das Bürgergeld in der jetzigen Form lehnt sie ab, da es eine „Hängematte“ sei und von einer „aktivierenden Grundsicherung“ abgelöst werden müsse. Hinter diesem progressiv klingenden Begriff verbirgt sich Zwangsarbeit von 15 Stunden pro Woche und „zeit- und ortsnahe Aufenthalt im Inland“ für alle Personen, die mehr als sechs Monate arbeitslos gemeldet sind. Bei Arbeitsverweigerung droht kompletter Leistungsentzug bzw. nur noch Sachleistungsbezug über eine Debitkarte. Ihre Politik würde genau den Wählerschichten schaden, von denen sie sich am meisten Zustimmung erwartet und die scheinbar auch am anfälligsten für ihre Botschaften sind. Dieses „AfD-Paradox“ wird verdeckt von infamen Schuldzuweisungen für alle Übel an Minderheiten, die sich nicht wirksam wehren können. Scheinbar gelingt es der AfD, auf dem Wege der Stimmungsmache gegen Ausländer und „grün-sozialistisch versiffte“ Menschen von ihrem geplanten Anschlag auf die soziale Lage ihrer potenziellen Wähler abzulenken.
- Über die unter dem Stichwort Remigration bekannt gewordenen Überlegungen wurde in letzter Zeit intensiv berichtet. Angesichts des hohen Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund und nicht-AfD-konformen Lebensentwürfen fühlen sich Millionen Bürgerinnen und Bürger von diesen Deportationsfantasien bedroht, darunter auch Menschen, die schon seit Jahren oder seit ihrer Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.
- Der inhumane Charakter des AfD-Programms kommt in vielen weiteren Facetten zum Vorschein. Beispielhaft sei hier nur erwähnt, dass das Gleichstellungsgesetz und die Frauenquote abgeschafft werden, Antidiskriminierungsstellen aufgelöst werden und Inklusion im Bildungssystem nicht mehr vorgesehen sein wird. In den Grundschulen müsse das Leistungsprinzip zur Geltung kommen statt der „falsch ausgeprägten Sozialität“. Den Menschen, die sich nicht-binär orientieren, wird Anerkennung verweigert, da nach Überzeugung der AfD nur zwei Geschlechter existieren. Es ist wichtig, diese Programmpunkte nicht aus den Augen zu verlieren, auch wenn sie weniger spektakulär auftreten, denn sie sind Bausteine eines systematischen Umbaus des politischen Systems der Bundesrepublik.